

Hohe Zustimmung in Deutschland

Warum Erdogan hier bejubelt wird

Jubel in Berlin: Junge Frauen freuen sich über Erdogans Sieg beim Referendum. Auch in Nürnberg wurde das Ergebnis mit einem Autokorso gefeiert. Ein Zeichen mangelhafter Integration? *Foto: rtr*

NÜRNBERG – Der türkische Präsident Erdogan hat für sein Referendum womöglich die entscheidenden Stimmen aus Deutschland bekommen. Die NZ sprach darüber mit dem Politikwissenschaftler Thomas Demmelhuber von der Uni Erlangen-Nürnberg.

NZ: Worüber jubeln denn junge Leute mit türkischen Wurzeln, wenn sie nach dem Referendum im Autokorso durch deutsche Städte fahren?

Thomas Demmelhuber: Einerseits schafft es Erdogan, als politische Figur den in Deutschland lebenden Wahlberechtigten eine Art emotionale Heimat oder Bindungskraft zu geben. Viel zentraler scheint mir aber, dass er es schafft, eine starke Führung in unsicheren Zeiten zu verkörpern. Die Türkei steht vor großen Herausforderungen. Erdogan liefert hierfür einfache Antworten auf komplexe Fragen, die den realpolitischen Gegenwartscheck nicht bestehen würden.

NZ: Wenn Erdogan eine emotionale Heimat bietet: Bedeutet dies, dass Deutschland nicht als Heimat empfunden wird?

Demmelhuber: So weit würde ich nicht gehen. Aber die Tiefe der Integration kann Einfluss auf das Abstimmungsverhalten haben. Schon alleine auf die Frage, ob man überhaupt zur Abstimmung geht, was ja nur circa die Hälfte der Wahlberechtigten getan hat.

NZ: Man hört jetzt oft die Aussage: Wer hier für Erdogan stimmt, bei dem ist die Integration gescheitert.

Demmelhuber: Das ist eine Komplexitätsreduktion, bei der man sich ähnlicher Mittel bedienen würde, wie die Vertreter populistischer Positionen. Das wäre zu einfach gedacht. Aber sicher hat die Frage, wie sehr man in die Gesellschaft wechselseitig eingebunden ist, einen Einfluss darauf, wie man sich in solchen politischen Entscheidungen positioniert.

NZ: Ist es bei vielen auch eine Trotzreaktion gewesen? Man denkt an Momente der Ausgrenzung – und stimmt auch deshalb für Erdogan, weil es die Deutschen ärgert?

Demmelhuber: Das Phänomen des Protestwählers ist auch Demokratien nicht fremd. Mir scheint es plausibel, dass auch solche reflexhaften Mechanismen bei diesem Verfassungsreferendum gegriffen haben.

NZ: Muss man befürchten, dass türkische Konflikte stärker in Deutschland ausgetragen werden – etwa zwischen Türken und Kurden oder zwischen modern-westlichen und traditionell-islamischen Positionen?

Demmelhuber: Die Polarisierung gibt es seit vielen Jahren und sie hat sich nun verschärft. Schon alleine aufgrund des massiven Werbens der türkischen Regierung in Deutschland für das Referendum und den folgenden

bilateralen Entgleisungen. Gleichwohl ist es sicherlich interessant zu sehen, wie unterschiedlich das Abstimmungsverhalten in Deutschland war, mit starken Zustimmungsraten in Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu einem ungefähren 50/50-Ergebnis in Nürnberg. Daraus lassen sich Hausaufgaben für die Politik ableiten. Gerade in NRW gibt es zum Teil massive Strukturprobleme und eine Tendenz zur Bildung von Parallelgesellschaften.

NZ: Wie wird es mit dem Verhältnis zwischen Deutschland und der Türkei weitergehen?

Demmelhuber: Makroökonomisch steht die Türkei mit dem Rücken zur Wand. Die Wirtschaft braucht ausländische Direktinvestitionen. Diese sind nur möglich, wenn ein hinreichendes Maß an Stabilität und öffentlicher Ordnung geschaffen wird. Daraus leite ich ab, dass die polternde Rhetorik in den Beziehungen zu Deutschland und Europa bald durch versöhnlichere Töne abgelöst wird.

NZ: Nach Erdogans Sieg kamen aber markige Worte zur Todesstrafe.

Demmelhuber: Das ist die Strategie von Populisten: Einfache Antworten auf komplexe Zusammenhänge zu liefern. In Frankreich machen das Marine Le Pen und in Deutschland die AfD in einer sehr analogen Weise: In einer populistischen Art für das Volk zu sprechen und gleichzeitig zu definieren, wer zum Volk gehört und wer nicht. Und wer nicht zu dem Volk gehört, ist ein Verräter.

NZ: Nach dem Referendum muss mit noch mehr Repressionen gegen politische Gegner gerechnet werden.

Demmelhuber: Die Türkei befindet sich nun auf dem Weg zu einer präsidentialen Republik und nimmt autokratische Tendenzen an. Die Machtausdehnung für den Präsidenten, also Erdogan, ist nicht mehr mit den Grundprinzipien einer demokratischen Herrschaft vereinbar. Erdogan kann im wahrsten Sinne des Wortes durchgreifen. Der Raum für Widerspruch oder eine kompetitive Auseinandersetzung um politische Ideen wird immer limitierter. So hat das türkische Parlament gerade der Verlängerung des Ausnahmezustands zugestimmt.

NZ: Der Ausgang des Referendums war trotz aller bisherigen autokratischen Maßnahmen sehr knapp.

Demmelhuber: Die 51,4 Prozent sind eigentlich ein extrem schwaches Ergebnis. Auch innerhalb der AKP gab es kritische Stimmen. Abdullah Gül, Erdogans Vorgänger im Amt, hat seine Unterstützung demonstrativ verweigert. Abgesehen davon, mit welchen Mitteln des Wahlmanagements das Ergebnis zustande kam, ist das Resultat von nahezu 50/50 ein Abbild der tief gespaltenen türkischen Gesellschaft. Und dieses knappe Wahlergebnis ist sicherlich nicht Ausdruck eines vollumfänglich demokratischen Wählerwillens. Dafür gab es im Vorfeld zu starke Einschränkungen und eine zu starke Gängelung von politisch Andersdenkenden. Für Erdogan war die Polarisierung der letzten Wochen, Monate und Jahre ein erfolgreiches

Instrument zum Zwecke seiner eigenen Herrschaftssicherung.

NZ: Muss eine weitere Spaltung der Türkei befürchtet werden?

Demmelhuber: Die Polarisierung wird weiter Teil seiner Strategie bleiben, aber das wird sicherlich nicht genügen. Er muss mittelfristig auch gute Zahlen für die Wirtschaft liefern. Das geht nicht, wenn man seine Handelspartner verprellt. Erdogan ist am Ende Pragmatiker, das sehen wir an den jüngsten Annäherungen an Russland, nachdem die Beziehungen auf dem Tiefpunkt waren. Überhaupt erscheint türkische Außenpolitik in einem Prozess der Loslösung von Europa. Eine interessengeleitete Außenpolitik im Nahen Osten, wie sie sich in Syrien zeigt, aber auch eine Annäherung an Diktatoren wie Nasarbayew in Kasachstan sprechen hier eine recht deutliche Sprache.

NZ: Wie sollen Deutschland und die EU künftig mit Erdogan umgehen?

Demmelhuber: Ich würde für Zurückhaltung plädieren. Dennoch sollte die EU nüchtern jene Prinzipien einfordern, zu denen sich auch die Türkei im Zuge des Beitrittsprozesses verpflichtet hat. In der Zwischenzeit sollte sich Europa auf das zurückbesinnen, was es als Wertegemeinschaft verbindet und nicht darauf was es trennt. Das ist momentan schwierig in Anbetracht zentrifugaler Kräfte innerhalb der EU. Man denke an den Brexit oder an Polen und Ungarn, wo Feinde der Demokratie an den Hebeln der Macht sitzen. *Fragen: Erik Stecher*

Erdogan will ein neues Referendum, auch in Deutschland

Abstimmen über die Todesstrafe?

Präsident Erdogan ist bereit zur Wiedereinführung der Todesstrafe, womöglich mit einem neuen Referendum. Nach türkischem Recht kündigte Erdogan an, seine „erste Aufgabe“ sei es nun, die Todesstrafe auf die Tagesordnung zu setzen. In Ankara bekräftigte er am Tag darauf, er würde das entsprechende Gesetz unterzeichnen, sollte das Parlament eine solche Verfassungsänderung mit der nötigen Zweidrittelmehrheit beschließen. Für den wahrscheinlichen Fall, dass diese Mehrheit nicht zustande kommt, kündigte Erdogan an: „Dann machen wir auch dafür ein Referendum.“

ISTANBUL – Nach dem Referendum ist vor dem Referendum, wenn man dem türkischen Staatschef Recep Tayyip Erdogan Glauben schenken mag. Beim ersten Auftritt in Ankara nach seinem umstrittenen Sieg beim Verfassungsreferendum brachte Erdogan gleich zwei mögliche neue Volksabstimmungen ins Spiel: Eine über einen Abbruch der EU-Beitrittsverhandlungen durch die Türkei, eine weitere über die Wiedereinführung der Todesstrafe.

Ein Abbruch der de facto ohnehin eingefrorenen Beitrittsverhandlungen durch Ankara käme zahlreichen EU-Staaten vermutlich ganz gelegen: Dann bliebe ihnen die unangenehme Diskussion darüber erspart, ob sie die Verhandlungen nicht selber beenden sollten. Eine Aufnahme der Türkei fand noch nie eine Mehrheit in der EU, die das Land seit jeher wie einen ungebeten Gast vor der Tür stehen lässt. Für die „Neue Türkei“, die sich Erdogan gerade baut, gilt das erst

recht. Automatisch enden würden die Beitrittsverhandlungen, sollte die Türkei die Todesstrafe wieder einführen.

Nur Stunden nach dem Referendum kündigte Erdogan an, seine „erste Aufgabe“ sei es nun, die Todesstrafe auf die Tagesordnung zu setzen. In Ankara bekräftigte er am Tag darauf, er würde das entsprechende Gesetz unterzeichnen, sollte das Parlament eine solche Verfassungsänderung mit der nötigen Zweidrittelmehrheit beschließen. Für den wahrscheinlichen Fall, dass diese Mehrheit nicht zustande kommt, kündigte Erdogan an: „Dann machen wir auch dafür ein Referendum.“

Bei dem Referendum über sein Präsidialsystem setzte Erdogan auch auf die Auslandstürken, die zu seinem knappen Sieg beitrugen. In Deutschland kam er auf 63,1 Prozent der Stimmen – weit mehr als das vorläufige Gesamtergebnis von 51,4 Prozent. Der Schluss, fast zwei Drittel der Türken in Deutschland seien Erdogan-Anhänger, ist dennoch nicht korrekt: Nicht einmal jeder zweite Wahlberechtigte beteiligte sich an der Abstimmung. Dass Erdogan unter den Türken in Deutschland allerdings viele glühende Verehrer hat, ist unbestritten. Würden sie ihm auch bei einem Referendum über die Todesstrafe folgen? Nach türkischem Recht dürften

sich an einer Volksabstimmung darüber auch wieder wahlberechtigte Türken in Deutschland beteiligen, was einige Fragen aufwerfen würde. Würden türkische Regierungsvertreter in Deutschland dann wieder um Stimmen werben – diesmal für eine Verfassungsänderung, die aus europäischer Sicht gegen die Menschenrechte verstoßen würde? Wäre es vorstellbar, dass in Deutschland eine Abstimmung über eine Maßnahme stattfinden würde, die hier nicht mit dem Grundgesetz vereinbar wäre?

Erdogan sagte in Ankara unter dem Jubel seiner Anhänger, ihm sei gleichgültig, was westliche Staaten über die Wiedereinführung der Todesstrafe dächten. „Was George, Hans oder Helga sagen, interessiert uns nicht“, rief er. „Uns interessiert das, was Haticce, Ayse, Fatma, Ahmet, Mehmet, Hasan und Hüseyin sagen. Das, was Allah sagt.“ Allerdings hätten Hans und Helga ein Wörtchen dabei mitzureden, wenn Ayse und Ahmet in Deutschland wählen wollten: Die Bundesregierung müsste eine solche Abstimmung wieder genehmigen, wie beim Referendum über das Präsidialsystem. Der Grünen-Bundestagsabgeordnete Özcan Mutlu sieht da im Fall der Todesstrafe allerdings eine „rote Linie“, die auf keinen Fall überschritten werden dürfe. *dpa*

Was bedeutet Ausnahmezustand?

Bei einem Ausnahmezustand in der Türkei können laut Verfassung Grundrechte eingeschränkt oder ausgesetzt werden. Eine Auswahl möglicher Maßnahmen:

- ▶ Ausgangssperren können verlängert werden.
- ▶ Der Fahrzeugverkehr kann zu bestimmten Zeiten oder in bestimmten Gegenden verboten werden.
- ▶ Versammlungen und Demonstrationen können verboten werden, sowohl unter freiem Himmel als auch in geschlossenen Räumen.
- ▶ Sicherheitskräfte dürfen Personen, Fahrzeuge oder Anwesen durchsuchen und mögliche Beweismittel beschlagnahmen.
- ▶ Bestimmte Gegenden können abgeriegelt oder evakuiert werden.
- ▶ Der Verkehr zu Land, See und Luft kann kontrolliert werden.
- ▶ Druckerzeugnisse wie Zeitungen, Magazine oder Bücher können verboten werden oder dürfen nur mit Genehmigung erscheinen.
- ▶ Alle Arten von Rundfunkausstrahlung und die Verbreitung von Texten, Bildern, Filmen oder Tönen können kontrolliert und nötigenfalls eingeschränkt oder ganz verboten werden. *dpa*

„Befürworter und Gegner geschockt“

Das knappe Ergebnis des türkischen Verfassungsreferendums stellt nach Einschätzung des Vorsitzenden des türkischen Kulturvereins in Fürth, Kya Göğus, weder Gegner noch Befürworter der Verfassungsänderung zufrieden. „Beide Seiten sind geschockt: Die Befürworter, weil sie nicht die erhoffte 60- bis 70-prozentige Zustimmung erreicht haben. Die Gegner, weil sie so knapp unterlegen sind“, sagte der Chef des parteiunabhängigen Zusammenschlusses am Dienstag. Mit einer Spaltung der türkischen Gemeinde in der Region rechnet Göğus trotz des knappen Wahlausgangs aber nicht. „Wir reden in unserem Verein nicht mehr so groß darüber“, erklärte der Vertreter des türkischen Kulturvereins. So solle Streit zwischen Gegnern und Befürwortern vermieden werden. Gegner des Referendums hofften seiner Einschätzung nach aber darauf, dass der türkische Staatschef Recep Tayyip Erdogan seine Ankündigungen nicht 1:1 umsetze. „Sie gehen davon aus, dass alles nicht so heiß gegessen wird, wie es gekocht wird, wie Ihr Deutschen sagt“, berichtete Göğus. *dpa*